



Niederschrift

50. Plenarsitzung Gemeinderat
15. Mai 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

Punkt 11 der Tagesordnung: Familienumfrage 2017 – Lebenssituation, Einschätzungen und Kinderbetreuungsbedarf Vorlage: 2018/0248

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der Familienumfrage 2017 zur Kenntnis. Die Verwaltung wird die Ergebnisse in weiteren Infrastrukturplanungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulen berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Jugendhilfeausschuss.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Im Hinblick auf die Zeit möchte ich meinen Beitrag etwas verkürzen. Die Familienumfrage 2017 beinhaltet unheimlich viele Sparten und Fragen. Die CDU bedankt sich ganz herzlich beim Amt für Stadtentwicklung für diese Umfrage, bedankt sich aber auch bei den Haushalten, die geantwortet haben. Es war eine Online-Umfrage, das war neu. Der Fragenkatalog ist doch sehr vielfältig und sehr umfangreich. Daher wundert es mich doch, dass so viel Prozent eine Rückmeldung gegeben haben.

Was ist auffällig an dieser Umfrage? Auffällig ist, dass Karlsruhe eine kinderfreundliche und eine lebenswerte Stadt ist. Die Menschen, die hier wohnen, sind zufrieden. Sie sind zufrieden mit ihrem Wohnumfeld. Sie sind aber unzufrieden mit ihrer Wohnsituation. Das ist für uns nicht neu. Wir wissen selbst, dass die Wohnungsnot hier in Karlsruhe doch groß bzw. größer wird. Aber hier haben wir es noch einmal schriftlich, dass die Familien mit Kindern mit ihrem Wohnumfeld zufrieden sind, aber mit ihrer Wohnsituation nicht. Das heißt im Klartext, die Räumlichkeiten sind beengt. Sie sind unzureichend usw.

Der Kinderbetreuungsbedarf ist in Karlsruhe vorbildlich. Das haben wir auch in dieser Umfrage festgestellt. Weiter möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir ein großes ehrenamtliches Engagement von Familien haben. Das wissen wir auch, dass die Karlsruher ehrenamtlich sehr tätig sind. Wir wissen auch, dass die Ehrenamtlichkeit oftmals im schulischen und vorschulischen Bereich zu finden ist.

Was auffällig ist, ist, dass das Auto von den Familien als am meisten benutztes Verkehrsmittel genannt wird. Das ist auch nachvollziehbar. Denn die Hälfte der Familien, die berufstätig sind, müssen ihre Kinder zur Kindertagesstätte fahren und zur Schule bringen, damit sie rechtzeitig an ihrem Arbeitsplatz sind und damit sie auch wieder rechtzeitig da sind, um ihre Kinder abzuholen. Daher ist es schon bemerkenswert, dass das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel trotz des tollen ÖPNV das Auto ist. Karlsruhe wird da vielleicht doch etwas umdenken müssen und auch die Eltern, die ihre Kinder zur Schule fahren, nicht unbedingt so verdammen mit diesem Mütter-Taxi. Denn manchmal gibt es gar keine andere Möglichkeit, als sein Kind so zur Schule zu bringen.

Weiterhin möchte ich sagen, dass die Sozial- und Jugendbehörde aus diesem Bericht vieles herausziehen kann, dass wir im Sozial- und im Jugendhilfeausschuss fast alles mitaufgreifen können. Ich muss sagen, einige Dinge haben mich doch sehr überrascht, als ich das gelesen habe. Ich denke, diese Familienumfrage sollte sich jeder einmal zu Gemüte führen, zumindest für den Stadtteil, in dem er wohnt.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch von Seiten der SPD-Fraktion zunächst unser herzliches Dankeschön an die Verwaltung für die Planung und Durchführung dieser Online-Vollerhebung, dieser erstmaligen Familienumfrage in diese Form. Vor allem aber auch, das hat meine Kollegin angesprochen, den zahlreichen Familien, die sich die Zeit genommen haben, mindestens eine halbe Stunde ihrer Zeit investiert haben, um uns diese wertvollen Rückmeldungen zu geben.

Zu den Ergebnissen auch hier nur ganz kurz: Insgesamt sind wir froh über das zentrale Ergebnis, dass der Großteil der Karlsruher Familien die Stadt als kinder- und familienfreundlich einschätzt und auch relativ zufrieden ist, ob das jetzt am Umfeld, am ÖPNV oder an der Vielzahl unserer Angebote liegt. Wobei ich an der Stelle durchaus betonen möchte, dass eine geringere Zufriedenheit uns natürlich auch wertvolle Hinweise gibt, wie wir künftig Angebote gestalten müssen. Die zentrale Problematik wurde auch schon erwähnt. Es ist das Problem des bezahlbaren Wohnraums, das auch Familien am meisten betrifft. Wohnraum für Familien in unserer Stadt ist knapp und teuer. Deswegen ist es auch richtig, hier einen Schwerpunkt kommunalpolitischen Handelns darauf zu legen, auch wenn wir nicht alles kommunal in der Hand haben.

Ein besonderer Fokus liegt für uns auch in den Ergebnissen, die uns Familien rückspiegeln, die von Armut betroffen oder auch von Armut bedroht sind. Hier wollen wir noch intensiver mit den Ergebnissen arbeiten. Wir sind sehr dankbar, dass uns im Jugendhilfeausschuss zugesagt wurde, hier noch detaillierter in die Analyse zu gehen, gerade beispielsweise die Ergebnisse zu den Karlsruher Pässen noch genauer zu betrachten und zu überlegen, wie wir insbesondere Familien noch besser unterstützen können, aber auch den Bekanntheitsgrad dieses wesentlichen Instruments der Armutsbekämpfung in Karlsruhe in der gesamten Stadtbevölkerung erhöhen können. Weil sich zum einen natürlich auch Situationen, Le-

benslagen verändern können und dann eine Betroffenheit entstehen kann, in der ich dann doch zum Berechtigten werde, oder auch wir alle natürlich als Multiplikatoren dienen, dieses wertvolle Hilfsinstrument bekannt zu machen. Ein gutes Beispiel ist hier sicher die erst kürzlich ins Leben gerufene Armutskampagne des Stadtjugendausschusses, die entstigmatisierend und auch alle Kräfte der Stadtgesellschaft bündelnd hier eine kreative Lösung aufzeigt, wie man den Karlsruher Pass noch bekannter machen kann.

Nachdenklich und auch betroffen macht uns als SPD-Fraktion die Rückmeldung, dass es in Karlsruhe Familien gibt, die sich unsere Ferienangebote nicht leisten können und deswegen nicht daran teilnehmen können. Hier wollen und müssen wir noch genauer hinschauen und gute Lösungen finden. Jedes Kind in unserer Stadt sollte das Recht auf gute Ferien haben, insbesondere auch die Familien müssen wir stärker in den Blick nehmen, die knapp über unseren Berechtigungsgrenzen liegen. Auch hier lohnt sich sicher noch einmal die Arbeit im Ausschuss.

Abschließend noch ein Aspekt von Interesse. Für uns Stadträte aber auch für die Verwaltung ist sicher, dass Eigen- und Fremdwahrnehmung oftmals auseinander gehen. Wir hätten die Fragen wahrscheinlich mehrheitlich anders beantwortet, ob auf Probleme oder Wünsche der Familien eingegangen wird hier in der Politik. Zumindest konnte ich kein wirklich gutes Zeugnis herauslesen aus der Rückmeldung. Das zeigt noch einmal, wie wichtig eine gute Kommunikation ist, dass wir daran arbeiten können und auch auf Rückmeldungen eingehen. Genau das tun wir mit der Umfrage. Deshalb in ich jetzt doch ein bisschen genauer auf die Ergebnisse eingegangen. Unsere gemeinsame Aufgabe wird es nun sein, die Defizite, vor allem das Thema Wohnraum weiter entschlossen anzugehen, aber auch die Errungenschaften von Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft offensiver zu kommunizieren.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Die Familienumfrage halten wir für eine äußerst wertvolle Datensammlung. Vielen Dank dafür. Die Sozial- und Jugendbehörde, aber auch das Ordnungsamt und das Gartenbauamt sind nun viel besser in der Lage, auf die Bedürfnisse der Familien einzugehen. Wichtige Rückschlüsse für die Praxis sind im Kapitel „Fazit der Sozial- und Jugendbehörde“ schon gezogen worden. Erfreulich ist, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten Karlsruhe als familienfreundliche Stadt einschätzt und mit dem Wohnumfeld, mit den Spielplätzen und Grünflächen zufrieden ist, mit ein paar Ausnahmen. Die Spielplätze in Wolfartsweier und Oberreut werden viel zu wenig genutzt, nur von ungefähr 50 %. Auch da sind die Details immer wieder interessant.

Als Widerspruch dazu erscheint die Aussage von 47 % der Befragten, Politik und Verwaltung gehe weniger stark oder überhaupt nicht auf die Bedürfnisse der Familien ein, was Frau Melchien eben auch schon gesagt hat. 47 % ist eine beunruhigende Zahl. Für diese Aussage sehen wir als GRÜNE drei Themen als wesentlich an nach der Befragung.

Erstens das Thema Wohnen: Ca. 50 % bezeichnen das Wohnangebot für Familien als schlecht. Hier muss dringend mehr getan werden. Die Wohnungsfrage ist deutlich die soziale Frage Nummer 1 geworden. Die Situation in Karlsruhe wird sich noch weiter verschlechtern. Denn immer mehr Wohnungen fallen aus der Sozialbindung heraus. Trotz des hohen Engagements der Volkswohnung.

Das zweite Thema Sicherheit im Straßenverkehr wird von 63 % mittelmäßig bis schlecht bewertet. Auch ein auffallender Befund. Dabei werden verschiedene Punkte genannt, die verbessert werden sollten, wie z. B. die Verbesserung der Fahrradwege, Anbindung an den ÖPNV. Dann könnte man vielleicht auch die Anzahl der Autofahrer reduzieren. Interessanterweise nannten 6,3 % die Parksituation von Autos auch als Problem. Von diesen 6,3 % wollen nur die Hälfte, also 3 %, mehr Parkplätze. 3 % der Befragten wollten mehr Parkplätze.

Das dritte Thema Bekanntheitsgrad von Angeboten der Stadt. Sowohl der Karlsruher Pass als auch der Kinderpass sind in den untersten Einkommensgruppen rund einem Viertel der Familien nicht bekannt. Da muss man etwas tun. Die Frage ist, was. Fast ein Dritte der Alleinerziehenden in Teilzeit kennt den Karlsruher Pass nicht. In der gleichen Befragung wird deutlich, dass Alleinerziehende in Teilzeit naturgemäß zum weit überwiegenden Teil zu den unteren Einkommensgruppen gehören.

Der Aussage der Verwaltung im Fazit der Befragung stimmen wir zu, dass im nächsten Schritt nunmehr kleinteilige und aufsuchende Befragungen notwendig sind, um sich mit den einzelnen Gruppen genauer zu beschäftigen. Ich denke, dass auch die geplante Fortschreibung der Leitlinien gegen Kinderarmut, die wir beantragt haben, durch die Befragung wertvolle Hinweise erhält, was gezielter getan werden kann und ebenso auch unser Antrag vor eineinhalb Jahren, nämlich dass die Situation Alleinerziehender genauer beleuchtet wird.

Für mich ist diese Umfrage zentral wichtig. Ich werde nur noch mit dieser Umfrage durch die Stadt gehen. Immer wieder erfährt man interessante neue Sachen.

Stadtrat Braun (KULT): Auch ich möchte an dieser Stelle zunächst einmal allen Beteiligten für die vorliegende, sehr umfangreiche Familienumfrage danken, die uns unseren Handlungsbedarf für die Folgezeit ziemlich konkret aufzeigt. Einige Zahlen und Statistiken haben uns dann aber doch überrascht. Manche gar betroffen gemacht. Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen.

Fast 1/3 aller jungen Familien, also die Familien unter 30 Jahren, sind mit ihrer Wohnsituation entweder weniger zufrieden oder gänzlich unzufrieden. Die Gründe dafür sind klar, wir haben es auch schon gehört: Zu wenig Platz auf der einen Seite, zu teure Mieten auf der anderen Seite. Jungen Familien also ein attraktives adäquates Wohnangebot zu schaffen, wird weiterhin ein großes Schwerpunktthema bleiben, genauso, wie preiswerten Wohnraum zu schaffen und zu fördern.

Als nächstes möchte ich auf die Beantwortung der Frage eingehen, für wie kinder- und familienfreundlich das Karlsruher Wohnangebot eingestuft wird. Hier haben das Angebot nur 1,3 % aller Befragten als sehr kinder- und familienfreundlich bewertet. Dagegen stehen knapp 88 %, die das Wohnangebot entweder mit mittelmäßig oder sogar mit schlecht bewerteten.

Bei der Abfrage der Betreuungssituation fällt vor allem auf, wie viele Eltern zum gewünschten Zeitpunkt keinen geeigneten Betreuungsplatz gefunden haben. Bei den unter 3jährigen sind es 39 %, bei den 3- bis 6jährigen noch 21 % und bei den Grundschulkindern sind es immerhin noch 15 %. Auch der Umstand, dass 10 % aller befragten Familien angeben,

sich für ihre Kinder keine Ferienbetreuung leisten zu können, obwohl sie vielleicht vonnöten wäre, sollte für eine soziale Stadt wie Karlsruhe nicht tragbar sein. Es müssen weitere Wege gefunden werden, auch diese verbliebenen 10 % auf unserem Weg mitzunehmen.

Erschreckend, und damit möchte ich abschließen, sind auch die Nutzungs- und Bekanntheitsgrade des Karlsruher Passes sowie des Kinderpasses. Beim Kinderpass geben 36 % an, den Pass gar nicht zu kennen. Von den Familien in prekären Erwerbslagen sind es immer noch 29 %, die keine Kenntnis vom Pass haben. Beim Karlsruher Pass sind es 50 % von allen Befragten, die ihn nicht kennen. Von den Befragten in prekären Erwerbslagen immerhin noch 29 %. Die Verwaltung überprüft derzeit noch, wie bekannt die beiden Sozialpässe bei den tatsächlich Leistungsberechtigten sind. Aber klar ist, meine Damen und Herren, dass auch hier Handlungsbedarf auf uns zukommen wird. Denn wir können erst dann zufrieden sein, wenn wirklich jeder Passberechtigte auch über das Angebot informiert ist. Ausliegende Informationen bei weiteren Beratungsangeboten reichen dafür nun einmal nicht aus.

Stadtrat Høyem (FDP): Die Familienumfrage 2017 ist ganz nützlich, aber nicht überraschend. Zwar bekommt man hier eine überschaubare Statistik, auch wenn eine Rücklaufquote von 20,1 % vielleicht nicht richtig enttäuschend ist, muss man doch die Aussagen mit Vorsicht behandeln und nicht überbewerten. Aber falls jemand von uns 48 Stadträten von dieser Familienumfrage überrascht wäre, müsste man wahrscheinlich unseren Kontakt mit der Karlsruher Bevölkerung anzweifeln. Wir wissen, dass wir mehr bezahlbare Wohnungen brauchen und dass wir uns alle Mühe geben, diese große Aufgabe Wohnungsnot vielleicht nicht zu lösen, aber doch zumindest zu verbessern. Etwas ratlos wird man, wie Herr Braun auch gesagt hat, wenn man liest, dass der Karlsruher Pass und auch der Kinderpass in den wahrscheinlich anspruchsberechtigten Einkommensklassen zu über einem Viertel unbekannt sind. Wir Politiker diskutieren wieder und wieder den Kinderpass, aber offenbar sind wir nicht fähig, unseren guten Willen zielgerecht zu kommunizieren.

Nur eine kleine Minderheit – das ist traurig -, rund 18 % ist der Meinung, dass die Politik und die Verwaltung auf die Wünsche und Probleme von Familien eingehen. Die Hälfte meint sogar, dass wir weniger stark oder überhaupt nicht auf die Probleme und Wünsche der Familien eingehen. Das ist ganz bitter, wenn wir doch alle glauben, dass wir gerade dafür arbeiten. Wir meinen doch, dass Karlsruhe familienfreundlich ist. Aber es ist ganz deutlich, dass es nicht genug ist. Die FDP unterstützt, wie viele Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat, die Forderung nach kostengünstiger Betreuung der Kinder. Gleichermäßen möchten wir ausloten, welcher Service noch möglich ist, welche Formen der Flexibilisierung noch nicht ausgeschöpft sind. Wir müssen leider immer feststellen, dass es an flexiblen Angeboten mangelt. Sehr oft überschneidet beispielsweise die Arbeitszeit der Eltern die Öffnungszeiten der Institutionen.

Danke für die Familienumfrage. Wir schätzen diese Arbeit. Aber überraschend ist es nicht, eher ernüchternd.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Zunächst auch von unserer Seite herzlichen Dank allen Eltern, die hier Auskunft gegeben haben über teils sehr intime Dinge, wie die finanzielle Ausstattung oder die eigene Lebenssituation, aber auch an die Verwaltung, die einige Punkte in dieser Vorlage noch einmal aufgegriffen hat. Das haben meine Vorredner schon alles beleuchtet.

Ich möchte an etwas anschließen, was Frau Melchien als einzige angesprochen hat, nämlich die Sache mit den von Armut betroffenen Familien. Es steht in der Vorlage, dass 4.100 Familien hier in Karlsruhe zu diesem Kreis gehören. Im Gegensatz zu knapp 3.000 Familien, die bereits Hartz IV empfangen. Wir haben also 4.100 Familien, die wirklich alles tun, um nicht in Hartz IV abzurutschen. Ich finde, diese Familien müssen wir als Gemeinderat stärker in den Fokus nehmen. Familien, die alles tun, um sich selbst zu ernähren, um selbstbestimmt zu leben und nicht für weitere Ausgaben zu sorgen. Die müssen wir mehr unterstützen.

Dazu gehört auch, dass wir, wenn es um Wohnungen geht, mehr tun, um große Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen zu fördern. Denn das ist das Problem bei uns in Deutschland, in unseren Großstädten. Insgesamt ist es so, dass Kinderreichtum das größte Armutsrisiko in Deutschland ist. Da kommen die Faktoren zusammen. Wenn man viele Kinder hat, muss das Geld, das man verdient, für viele Köpfe reichen. Von dem Geld, was hier steht, 500 Euro pro Kopf, muss noch die Miete bezahlt werden. Wenn ich viele Kinder habe, brauche ich eine große Wohnung. Große Wohnungen werden in den letzten Jahren in Karlsruhe immer wieder in zwei kleine aufgeteilt, einfach weil man dann mehr Miete bekommt. In den kleineren Wohnungen bekomme ich mehr Miete pro Quadratmeter. Das ist das Problem, das sagen viele Eltern, mit denen ich – weil ich selber Kinder habe in der Grundschule – oft zusammenkomme. Große Wohnungen gibt es zu wenig. Ich finde, das sollten wir einmal gemeinsam angehen als Gemeinderat. Große, bezahlbare Wohnungen für Familien, die diese brauchen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wir haben als Linke den Karlsruher Pass, den Kinderpass mitunterstützt, Anträge miteingebracht, um ihn auf den Weg zu bringen. Das ist alles prima. Dennoch müssen wir in so einer Debatte auch die Debatte führen, warum brauchen wir solche Pässe. Warum brauchen wir im reichsten Land Europas solche Unterstützungen, die ein gewisses Almosen darstellen? Auch eine gewisse Art von Demütigungen von Personen, die sagen, ich bin bedürftig, ich halte jetzt die Hand auf und ich bekomme noch etwas. Das wird überhaupt nicht angesprochen, nicht diskutiert. Ich denke aber, es muss gemeinsam mit diesen Analysen diskutiert werden. Es wird immer wieder – auch hier im Hause – die Wohnungsnot benannt. Aber seit mindestens 12 Jahren, seit vielen Haushalten, führen wir diese Debatte. Seit vielen Haushalten wissen wir, dass die Mietpreisbindungen fast nicht mehr existieren in Karlsruhe. Die nehmen Jahr für Jahr ab. Wir haben nichts getan, um diese wieder aufzubauen. Wenn es eben nicht durch die Kommune, durch das Land, durch den Bund Unterstützungen gibt, damit die Mieten für Personen mit kleinem Einkommen niedrig bleiben, dann wird es nicht passieren. Der Markt kann das nicht regeln. Da braucht es auch kein Gemurre. Aber ich denke, dieses Papier hier, die Analysen stellen doch fest, dass es Menschen gibt, die diese Mieten nicht bezahlen können, dass es Bedürftigkeit gibt. Warum geben wir Almosen? Warum versuchen wir nicht, Mieten herabzusetzen? Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Es wird immer genannt, die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen. Das ist doch unwahr. Wer hat die Anne-Will-Sendung geschaut? Wer nicht die Papiere des Arbeitsamtes bis zum Schluss durchliest, sondern nur die erste Seite, hat vielleicht Anne Will gesehen. 6 Millionen Menschen beziehen Arbeitslosengeld II, weil sie nicht von ihrer Arbeit leben können, von einer Vollzeitarbeit, weil sie mit zwei, drei Minijobs leben. Wie kann es in diesem Land so sein? Warum bemühen wir uns nicht – ich weiß, wir sollten

Land und Bund mit hinein holen, bin ich sehr dafür -, Tageseinrichtungen so zur Verfügung zu stellen, dass auch die Menschen mit kleinem Einkommen ihre Kinder dorthin bringen können? Nicht Aufbewahrungsanstalten sondern Bildungsanstalten. In anderen Ländern ist der Zeitraum von 1 – 6 Jahren ein Bildungsauftrag. Bei uns heißt es, Kita hat nichts mit dem kostenlosen Schulsystem zu tun. Warum eigentlich? Warum bemühen wir uns nicht, diese hochwertigen Tageseinrichtungen mit pädagogischem Personal zu haben, diese kostenfrei anzubieten, damit keine neuen Hartz-IV-Kinder entstehen, damit sie die Bildung schaffen. Gerade in der digitalisierten Welt brauchen wir Menschen mit hochkarätiger Bildung. Warum lassen wir das als Kommune zu? Warum machen wir nicht Druck gegenüber dem Land und dem Bund, dass hier mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden? Warum nutzen wir nicht unsere eigenen Ressourcen, die wir haben? Wir investieren in andere Leuchtturmprojekte. Warum nutzen wir sie nicht, um genau zu verhindern, dass es mehr Hartz-IV-Menschen gibt? Weil die über die mangelnden Kitas, die kostenfreien, die qualitativ hochwertigen, zu solchen werden.

Wenn wir so eine Umfrage haben, und wenn wir gute, positive Dinge haben, die zurückgemeldet werden, sollten wir genau einmal dahin schauen, wo Menschen sich vielleicht gar nicht so äußern, und uns fragen, warum gibt es so viele Bedürftige, auch in unserer Stadt? Diese Frage wird nicht beantwortet. Da weicht man aus. Man macht Armutsberichte, schaut aber nicht, wo das Geld steckt, um zu sagen, da müssen wir hinlangen, damit wir das andere finanzieren können. Nein, wir investieren lieber in falsche Leuchtturmprojekte.

Bürgermeister Lenz: Es besteht jetzt ein kleines Missverständnis. Natürlich und Gott sei Dank kennen nicht alle, die hier online geantwortet haben, den Karlsruher Pass und den Karlsruher Kinderpass. Da liegt eigentlich schon die Erklärung. Viele kennen den Pass nicht, weil sie nicht Hartz-IV-abhängig sind. Jetzt habe ich es schon im Jugendhilfeausschuss erklärt und freihändig die Zahlen aus dem Kopf gesagt, habe mich gestern noch einmal mit dem Stadtjugendausschuss zusammengesetzt und bringe Ihnen jetzt noch einmal die reinen Daten mit. Wir werden es auch noch weiter verfeinern. Dafür war jetzt nicht die Zeit.

Warum konnte ich die Zahlen relativ auswendig? Weil wir genau vor einer Woche die Sozialregiontagung hatten. Bundesweit einmalig, über die Stadtgrenze hinaus haben wir mit den anrainenden Kommunen gemeinsam diesen Pass und werden dafür in Deutschland nicht nur beachtet sondern auch beneidet.

Jetzt noch einmal die Fakten genau: Ich habe im Jugendhilfeausschuss gesagt, es gibt ca. 4.500 Kinder, die Hartz-IV-Bezieher oder –Bezieherinnen sind. Wir verkaufen aber 5.500 Pässe. Wo kommt das her? Weil bei uns auch wohngeldberechtigte Haushalte und auch, wer 10 % darüber liegt, berechtigt ist. Auch das machen wir schon seit Jahr und Tag, dass wir nicht strikt die Einkommensgrenze halten, Herr Stadtrat Fostiropoulos. Daran sehen Sie schon, ohne dass ich das Ihnen jetzt noch weiter darlegen muss, dass wir mindestens 80 oder 90 % der Kinder der entsprechenden SGB-II-Haushalte erreichen. Warum ist das so? Weil das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt wurde durch den Bund (Vorbild Karlsruhe). Da die natürlich mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sehr eng mit unserer Verwaltung, mit dem JobCenter in Kontakt sind, ist es auch fast unmöglich, für SGB-II-Haushalte unseren „Werbestrategien“ zu entgehen. Sie wissen alle, Herr Stadtrat Fostiropoulos, wie entstigmatisierend gerade unser Stadtjugendausschuss als einziger Stadtjugendring in Deutschland diese Sozialleistung nicht nur ausbezahlt sondern unheimlich kreativ, Frau

Stadträtin Melchien sprach die Ferienangebote an, immer wieder den Pass fortentwickelt. Insofern machen wir das natürlich noch einmal zu einem Schwerpunktthema. Dann bekommen Sie genau die Auflistung, wieviel Wohngeldbezieher, wieviel über dem Satz sind, insbesondere Alleinerziehende usw.

Ganz wichtig, jetzt kommt der Höhepunkt, es sind 4.300 Kinder. Im Ausschuss hatte ich von 4.500 gesprochen. Das war eine Stichtagszahl. Jetzt ist es tagesaktuell. Jetzt kommt das Entscheidende, als Hartz IV gestartet ist, hatten wir 5.500 Kinder in Kinderarmut, gemessen an SGB-II. Die 25 % Rückgang machen niemanden zufrieden. Keine Frage, aber immerhin, sie sind deutlich zurückgegangen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es zwar richtig ist, dass die Zahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung in den letzten Jahren zurückgegangen ist, aber durch die gleichzeitigen Investitionen dank Ihres kommunalen Wohnungsbauprogramms und der entsprechenden Bindungen über KAI und KaWoF haben wir seit letztem Jahr den Turnaround. Die Zahl der gebundenen Wohnungen steigt seit letztem Jahr wieder an in Karlsruhe. Das geht aus einer Statistik hervor, die wir bei dem großen Treffen mit den verschiedenen Wohnungsorganisationen dargestellt haben. Die müsste Ihnen auch vorliegen.

Es ist auch falsch, gerade arme Menschen können sich in Karlsruhe eine Kita leisten, weil nämlich, wie im Bundesgesetz geregelt, die entsprechenden Kosten von der wirtschaftlichen Jugendhilfe übernommen werden. Das auch noch einmal zur Klarstellung.

Zu den Zahlen, Frau Stadträtin Wiedemann, die Sie angesprochen haben: Mit 85,2 % steht in Haushalten mit Kindern überdurchschnittlich oft ein Auto zur Verfügung. Trotzdem ist das Auto nur in 49,9 % der Fälle das häufigste Verkehrsmittel. Das steht alles auf S. 76. Das war mir noch einmal wichtig. Trotzdem werden nur 12,1 % der Kinder in der Grundschule und 4,7 % der Kinder in weiterführenden Schulen mit dem Auto zur Schule gebracht. Also ein aus meiner Sicht eher deutlich unterdurchschnittlicher Wert, wenn man sich auf der anderen Seite anschaut, wie viele Autos in den Haushalten vorhanden sind.

Dann haben wir das soweit abgearbeitet und kommen jetzt zur Entscheidung. – Das ist eine einstimmige Zurkenntnisnahme. Sie sind auch damit einverstanden, dass wir das zur Grundlage weiterer politischer Entwicklungen in dem Bereich machen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
5. Juni 2018